

Zeitung

Sünfundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mk., durch die Post monatlich 8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk. einfr. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Code-Zeitung gesteuert. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugspost-Abt. Nr. 1133.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 20 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstelle, a. sämtliche Anzeigengehälter, Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Feiertags 1 mal. Geschäftsleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 19, St. Draußestraße 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 384.

Halle, Donnerstag, den 18. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Eine latein-amerikanische Entente

(H. P. S.) Ein gewisses Aufsehen hat in den Vereinigten Staaten kürzlich die aus Buenos Aires durchgeführte Nachricht erregt, daß Panama in seinem Grenzgebiet mit Costa Rica um die Intervention oder wenigstens um die guten Dienste der argentinischen Regierung nachgedacht habe. In Wirklichkeit ging die Bitte, wie die „New York Times“ mit Recht betont, um Unterfütterung gegen den in diesem Streit gefällten Schiedsspruch der Vereinigten Staaten (durch den obersten Richter Whittle), wonach Panama den umfrittenen Landstrichen an Costa Rica abzutreten habe. Das Washingtoner Staatsdepartement hatte von dem Schritt Panamas in Buenos Aires Wind bekommen und ließ der argentinischen Regierung erwidern, die Vereinigten Staaten hätten vertraglich die Verantwortung für Panamas Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen auf sich genommen und könnten keinerlei Einmischung von Außenherren tun. Daraufhin teilte Argentinien Panama mit, es sei leider nicht in der Lage, die erbetenen guten Dienste zu leisten.

Amerikanische Blätter ermahnen bei diesem Anlaß etwas mehr als den Zwischenfall von 1914, als Mexiko an die Hilfe der sogenannten ABC-Mächte appellierte. Damals trat zum ersten Mal das diplomatische Gewicht des Einvernehmens zwischen Argentinien, Brasilien und Chile in Erscheinung, das nach Ansicht wäre, wenn es nicht öfter durch die Rivalität zwischen Argentinien und Brasilien aufgehoben würde. Die argentinische, wie überhaupt die südamerikanische Diplomatie tritt in den letzten Jahren immer aktiver hervor und läßt keinen Zweifel darüber, daß sie in Not befindliche latein-amerikanische Republiken in Buenos Aires ein williges Ohr für ihre Klagen und Wünsche findet, auch wo sie gegen den großen nordamerikanischen Bruder gerichtet sind. Wiederholt haben in jüngster Zeit die ABC-Mächte Gelegenheit genommen, dem Staatsdepartement in Washington klar zu machen, daß sie in allen pan-amerikanischen Fragen mitzureden wünschten. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich, wie es die „New Yorker Nation“ prophezeit, gegenüber der mexikanischen und der Panamapolitik der Vereinigten Staaten ein engeres Einvernehmen zwischen Mittel- und Südamerika herausbilde.

Vor einigen Monaten haben sich bereits Guatemala, Salvador, Honduras und Costa Rica zu einer peninsular-amerikanischen Union zusammengeschlossen, der auch Nicaragua beitreten wird, sobald es das mit seinen vertraglichen Verpflichtungen vereinbaren kann. Von diesen Staaten stehen Nicaragua und Honduras unter der Zollkontrolle der Vereinigten Staaten, und auch in den übrigen macht sich die wirtschaftliche Durchdringung durch die amerikanische Finanz immer fester fühlbar. Die „Nation“ spricht in diesem Zusammenhang geradezu von einer Washingtoner „Mittelamerika“-Politik als Pendant zu Ruemanns berühmtem Mittelatlantika. Es gälte die Schaffung eines absoluten nordamerikanischen Einflussesgebietes bis zum Panamakanal, mit schließlicher Ausfassung aller zwischenliegenden selbständigen latein-amerikanischen Republiken nebst den benachbarten Inseln. Die ganze Politik der Vereinigten Staaten seit 1900, von Haiti und San Domingo bis zu Panama und Nicaragua, weise in diese Richtung. Bereits griffe diese Politik friedlicher Durchdringung auf das Südwestende des Kanals über und die schwächeren Republiken des nördlichen Südamerika müßten auf ihrer Hut sein — insbesondere Columbia, wo zwei Deliquenten entbunden worden sind.

Ohne der „Nation“ oder dem sozialistischen „Call“ in seiner Anlage gegen den aggressiven Imperialismus Washingtons zu folgen, warren doch auch liberale Blätter das Staatsdepartement, den Bogen nicht zu überpannen und die latein-amerikanische Empfindlichkeit zu schonen, schon mit Rücksicht auf die drei großen südamerikanischen Republiken. Das Staatsdepartement soll es sich vielmehr angelegen sein lassen, die südamerikanische Entente durch geschickte Behandlung zu gewinnen und mit ihr eine gemeinsame Front in internationalen Angelegenheiten zu bilden; dann könne sie in naher Zukunft bei Bewerdungen für die Vereinigten Staaten von unschätzbarem Werte sein.

Eine Erklärung Briands.

Ministerpräsident Briand gab gestern Pressevertretern folgende Erklärung ab: Offen gestanden, fühle ich keinerlei Reue, die Streitereien über den Obersten Rat noch fortzuführen. Sie haben schon mehr als lange genug gedauert. Im übrigen ist der ganze Streitfall dem Völkerbund zur Verteilung eines Gutachtens unterbreitet, und dieser Rat besteht aus den Vertretern von acht Völkern, die alle Vorgesetzten für vollständige Unabhängigkeit genießen. Diese Männer werden nach bestem Gewissen und nach ihrer Gewissenshaftigkeit die Grundlage für ein Gutachten finden, das dem Wortlaut und dem Geiste des Friedensvertrages entspricht. Ich meinerseits habe völliges Vertrauen zu dem Mann, der Briand ist. Ich beweise damit erneut, daß die französische Regierung trotz aller falschen Behauptungen in diesem Fall wohl und ganz voreingenommen ist. Auf die Bitte eines Pressevertreters, in wenigen Worten seine Auffassung über die Rede Lloyd Georges im Unterhause mit-

teilen, erklärte Briand, die Rede des englischen Premierministers gelte ganz genau der Rede, die er im Obersten Rat gehalten. Er verleihe nämlich keine Auffassung mit der gleichen Begründung, aber er bleibe dabei, daß diese in keiner Weise der französischen Auffassung Lloyd Georges unähnlich sei. Es ist ein großer Irrtum, wenn Lloyd George unsere Haltung einzig und allein unserer Sorge um unsere Sicherheit zuschreibt. Wir sind genau so gut wie er eifrige Anhänger des Gedankens der Gerechtigkeit und der Durchführung des Friedensvertrages. Eine Meinungsverschiedenheit besteht dagegen in der Weise, wie er den Artikel 88 aufstellt, und vor allen Dingen in dem Gesicht, in dem über die Vollsabstimmung entschieden werden soll. Die Tagung des Völkerbundes wird unsere Meinungsverschiedenheit in dieser Frage beilegen. Im Obersten Rat waren wir eigentlich nur in zwei Punkten völlig einig. Unsere Schwerfälligkeiten und vor allem die Zustände haben einstimmig folgende Feststellung angenommen:

1. Der Friedensvertrag steht grundsätzlich und tatsächlich eine Teilung des Oberstes an.

2. Für die Teilung, die nach der Abstimmung der Bevölkerung erlangen wird, werden die ethischen Belange entscheidend sein. Betrachtet wir nun einmal die Ergebnisse dieser Abstimmung unter Berücksichtigung der geographischen Verhältnisse, die im Artikel 88 vorgesehen sind. Wenn man eine Karte von Oberösterreich ansieht und darauf nach der ersten Eingebung der Logik und nach einem kurzen Ueberblick das Land in zwei Hälften teilt, was sieht man da? Erstens, daß nach dem Ergebnis der Abstimmung der westliche Teil, der nach Deutschland zu liegt, eine deutsche Mehrheit hat. Zweitens, daß der östliche Teil Polen zu einer polnischen Mehrheit hat. Von der ersten Minute an hatte Frankreich vorge schlagen, daß die Teilung nach dieser Feststellung erfolgen solle, und es wird eine schwierige Aufgabe sein, zu behaupten, daß eine solche Teilung einen Verlust gegen den Wortlaut und vor allem gegen den Geist des Friedensvertrages bedeutet. Über man hat uns eingewendet, daß Artikel 88 in erster Linie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen müsse, und daß es Pflicht der Verbandsregierungen sei, auch diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten. Es handelt sich darum, festzustellen, was man unter dem Titel „Industriebezirk“ verstehen will. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Grube die Grundlage für jede Fabrik ist, daß nur sie einen Betrieb entwickeln und fördern kann, und daß deshalb die wirtschaftlichen Belange, die im Artikel 88 vorgesehen sind, sich auf die ganze Grubenregion erstrecken müssen. Wenn man nun die Stimmen bedenkt, die in diesem Teile Oberösterreichs abgegeben worden sind, so kommt man zu dem Schluß, daß die Polen dort unbestreitbar die Mehrheit haben. Man wird zugeben müssen, daß diese Auffassung und Bemerkung durchaus dem Friedensvertrag entspricht und daß Frankreich seinen Standpunkt vertreten konnte, ohne irgendeine dem Geist der Gerechtigkeit zu verletzen. Briand erklärte dann nochmals eingehend den französischen und englischen Standpunkt in der oberösterreichischen Frage, sowie den Gang der Verhandlungen, um eine Verständigung zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt zu erzielen, was sich aber als unmöglich erweisen habe. Er schloß: Die oberösterreichische Frage habe eine vorübergehende Streitigkeit hervorgerufen. Wenn diese aber einmal geregelt sei, so werde es nicht lange dauern, dann werde er hoffen, daß trotzdem für die Völker der Entente die Notwendigkeit bestehen bleibe, ihre engste Einheit zu wahren, um Europa das Gleichgewicht und die Beständigkeit zu sichern, die für den Frieden der Welt unentbehrlich seien.

Rückkehr der alliierten Kommissare nach Oberschlesien.

Aus Döppel wird berichtet, daß General de Marini dort wieder eingetroffen ist und die Geschäfte wieder übernommen hat. Für morgen wird die Rückkehr Le Ronds und Harald Stuart erwartet. Alle drei Kommissare werden sich von Oberschlesien aus zur Tagung des Völkerbundes begeben. Wie aus italienischen Offizierskreisen verlautet, soll Marini geäußert haben, daß die Entsendung von Vertretern nach Oberschlesien zunächst noch nicht beabsichtigt sei und erst im Falle eines neuen Zustandes in Frage komme. Dann aber würden sich Italien und auch England an dieser Truppenverpflichtung beteiligen.

Deutsch-polnische Verständigungsversuche in Oberschlesien.

Auf Anregung der neugewählten Vertretung der polnisch gemischten Bevölkerung Oberschlesiens, des obersten polnischen Völkerbundes, hatte am 12. August eine Vorbesprechung zwischen Deutschen und Polen stattgefunden, in der beschlossen worden war, eine gemeinsame Versammlung der Vertreter aller deutschen und polnischen Vereine und Gewerkschaften Oberschlesiens einzuberufen. Diese Versammlung hat gestern in Katowisz stattgefunden. Wie deutschen und polnischen Gewerkschaften und Parteien waren durch ihre beauftragten Führer vertreten. Der Vorsitzende des deutschen Ausschusses für Oberschlesien Dr. Lutzke leitete die Versammlung, deren Zweck die Besprechung von Maßnahmen war, die geeignet sind, innerhalb der Bestimmung Oberschlesiens ein friedliches Verhältnis herzustellen anzubahnen. Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, daß die berufenen Vertreter, beider Nationalitäten, getrennt

Ausfrage an die oberösterreichische Bevölkerung erlassen, die dem Sinne nach übereinstimmend und gleichzeitig in den deutschen und den polnischen Zeitungen alsbald erscheinen werden. Die Anträge sollen die Notwendigkeit einer Abklärung der nationalen Gesinnungen betonen, sich gegen jede gewaltsame Lösung der oberösterreichischen Frage sowie gegen jede Gewalttätigkeit und Verletzung Andersdenker erklären und die Bildung aus paritätischen Vertretungen beider Nationalitäten zumammengesetzter Ausschüsse anfrägen, die dafür sorgen sollen, daß in friedlicher Zusammenarbeit Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden. Die Bildung paritätischer Ausschüsse ist bereits in Angriff genommen worden. Es wurde ferner vereinbart, daß alle Ausfragen, die von irgendwelcher Seite vorzkommen, nachgeprüft werden sollen.

Englische Warnung vor einem neuen Polenaufstand.

Das englische Truppenkommando in Döppel hat dem englischen Vertreter der Alliierten Kommission auf Grund von Mitteilungen der englischen Kreiskommissare einen Bericht über die bedrohliche Lage in Oberschlesien übermittelt, in dem vor allem auf das gefährliche Treiben und die Zusammenziehung der Gemeinbewohner in den Kreisen Katowisz, Königshütte, Giebnitz, Großfretzhitz, Rybnitz und Pleß hingewiesen und ein sofortiges Eingreifen der Interalliierten Kommission gefordert wird, da sonst ein erneuter polnischer Aufstand in Kürze unermeldlich sei. Das englische Truppenkommando hat ferner eine große Anzahl von polnischen Ausfragen, die vom Streit in den Gruben und Werken des Industriegebietes hegen, besichtigt.

Die interparlamentarische Konferenz.

Die Verhandlungen der interparlamentarischen Konferenz in Stockholm wurden gestern eröffnet. Abgeordnete sind erschienen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Japan, Deutschland, Dänemark, Großbritannien, Finnland, Italien, Norwegen, Holland, Schweden und Schweden. Freiherr v. Welser wird Schweden nicht als Vorsitzender der Konferenz eine Anfrage, in der er darauf hinweist, wie der Völkerbund ohne die Mitwirkung der interparlamentarischen Union zustandekomme sei. Aber die Union dürfe sich nicht denen anschließen, die nur die Mängel des Völkerbundes sähen, wenn er auch zeigte, daß der Völkerbund unvollkommen sei. Redner betonte, daß die Rechte der Nationen und der Völker eine genau festgesetzte Grundlage haben müßten, und hob hervor, daß die Union der Völkerbund unterstützen müsse. Im Namen der schwedischen Regierung begrüßte Ministerpräsident Söderberg die Kongreßteilnehmer und gab einen Ueberblick über die länderliche auswärtige Politik während des Weltkrieges. Sodann wurde für jede an dem Kongreß teilnehmende Gruppe ein Vizepräsident gewählt, und zwar für Deutschland Professor Schäfer. Nachdem ein Vorschlag, daß die südamerikanischen Parlamente eingeladen werden sollten, Gruppen in der Union zu bilden, einstimmig angenommen worden, gab, hielt Lord Wedar dale-England eine Rede über die interparlamentarische Union und den Völkerbund. Auch dieser Redner betonte die Unvollkommenheit des Völkerbundes in seiner jetzigen Gestalt. Der Völkerbund würde erst dann die Wünsche der Interparlamentarier verwirklichen, wenn jede Nation sich ihm anschließen, die leht noch zögere. Seiner Ansicht nach sei es nicht mehr möglich, sich an die Verhandlungen anzuschließen, wenn ein warmer Appell an die Amerikaner, sich nicht der Schwereitzeit bei der Schaffung einer universalen Organisation für die Erhaltung des Friedens zu entziehen.

Der Zusammentritt des Völkerbundesrates in Genf.

Wie Havos mittelt, soll Baron Tshi, nachdem in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungsaustrausch stattgefunden hatte, und hauptsächlich infolge der am 12. August zwischen den Mitgliedern des Völkerbundes in Paris abgehaltenen Besprechungen beschlossen haben, die ursprünglich auf dem 1. September festgesetzte Session des Völkerbundesrates auf einige Tage früher zu verlegen. Der Rat soll in Genf gegen den 25. August zusammentreten. Auf der Tagesordnung wird in erster Linie Prüfung der oberösterreichischen Frage stehen.

Der ständige internationale Gerichtshof in Genf

In Genf ist nunmehr gefestigt. Spanien und Haiti haben die bevorstehende Ratifikation des Protokolls telegraphisch angekündigt. Damit ist die notwendige Zahl von 24 Staaten erreicht. Die Regierung von Estland hat ihr Einsehen um Ratifikation zum Völkerbund erneuert.

